

Rede zum Haushalt 2023 des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat Speyer

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen Beigeordnete,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

leider befinden wir uns nach wie vor in einer von handfesten Krisen überlagerten Zeit, in welcher den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und der Verwaltung enormes Potential abverlangt wird und eine Zeit, welche uns mittlerweile tagtäglich ins Bewusstsein ruft, wie fragil unsere Normalität ist.

Unsere alljährlichen Mahnungen, dass bisherige Effekte der jahrelangen **überaus guten Konjunktur** und die **Nullzinspolitik** durch vielerlei weltweite Unsicherheiten nicht mehr abzuschätzen sind, verhallen bei einer Mehrheit von politischen Entscheidungsträgern in der Vergangenheit genauso, wie unsere Forderung, **konkrete politische Anstrengungen** und einen **vernünftigen Sparwillen** umzusetzen, um ordentlichere Ergebnisse und **finanzielle Solidität** zu erreichen, um unseren eigenen finanziellen Handlungsspielraum zu sichern und auszubauen. Und so wurden und werden leider immer noch munter **teure und teilweise über das Ziel hinausgehende Beschlüsse** gefasst, deren nachhaltige Finanzierung in großen Teilen nicht sichergestellt ist und andere Vorhaben damit sogar gefährden.

Leider steuern wir gerade auf eine solche Phase zu, für welche sich ein von uns in den zurückliegenden Boomjahren eingefordertes Konzept zur Sicherung einer stabilen Risikovorsorge - **worunter wir die Umsetzung von Maßnahmen politischer Entscheidungen hin zu einer kontinuierlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung verstehen** – ausgezahlt hätte.

In Ihrer Haushaltsrede vom 17. November – **Frau Oberbürgermeisterin** – stellten Sie einen Haushaltsentwurf für das folgende Jahr 2023 vor, welcher erstmalig ein

Ausgabenvolumen **in Höhe von über 200 Millionen** Euro umfasst. Der Inhalt Ihrer Rede glich fast identisch dem Vorbericht zum Haushaltsplan, **aus welchem wir keine VISIONEN erwarten** – wenn man dieses Wort überhaupt noch benutzen darf, visionäre Impulse **in Ihrer persönlichen Ausführung** allerdings vermissten.

Am Ende ihrer Rede – Frau Oberbürgermeisterin - suggerieren Sie die Fortsetzung eines erfolgreichen Weges mit einem Haushaltsplan, **welcher IMPULSE setzt**, um den **Standort** zu stärken und die **Lebensqualität** zu verbessern. Für mich birgt sich hier jedoch ein Widerspruch - **wenn wir der Aussage am Anfang Ihrer Rede Beachtung schenken** - in welcher Sie bereits den Eindruck erwecken **zu resignieren** und in Aussicht stellen, **dass man in Zukunft kaum mehr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne**, was haushaltsrechtlich allerdings unumgänglich sein wird.

Entgegen Ihrer fast schon **enthusiastischen Haushaltseinbringung** im Vorangegangenen Jahr – **trotz Pandemie** - bleibt für uns leider nur festzustellen, dass Sie sich – Frau Oberbürgermeisterin – mittlerweile mehr dem Thema **Verwalten** als dem Versuch **zu Gestalten** verschrieben haben.

**Impulse zur Steigerung der Lebensqualität** darzulegen, fällt nicht schwer. Auch hier könnte ich eine weitere lange Wunschliste vorlegen. Einen greifbaren Ansatz aber, **wie wir uns solider für die Zukunft rüsten**, finden wir aber weder in Ihrer Haushaltsrede noch im eigentlichen Haushaltsentwurf.

Und genau hier erwarten die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmerinnen und Unternehmer wie auch die Politik entsprechende Impulse.

Unverändert nämlich, vereint der Haushalt weiterhin eine Vielzahl überaus hoher fixer Ausgaben, **ebenso auch neue kostenintensive Projekte** und eine deutliche Personalmehrung. Steigende Kosten bei **Energie, KITA-Ausbau und ÖPNV** tragen ihr übriges künftig noch erschwerend hinzu!

Es ist hier und heute gar nicht möglich, alle Punkte des vorliegenden Haushaltsplanes auch nur im Ansatz zu kommentieren! Aber es ist wichtig, **ausgewählte Themen** aufzugreifen, um diese **besonders hervorzuheben** oder auch **kritisch** zu hinterfragen.

U. a. die Kosten der **sozialen Sicherung** wachsen alljährlich verlässlich an. Immer weitere **Gesetzgebungs- und Beschlussmaßnahmen** des Landes, des Bundes oder auch der EU, müssen wir kommunal umsetzen, ohne dafür eine auskömmliche Refinanzierung zu erhalten - **Stichwort Konnexität**. An den hohen Nettodefiziten im **Sozial- und Jugendhilfebereich**, wird sich aber leider auch in den kommenden Jahren nichts Wesentliches ändern und die **strukturelle Haushaltssituation** bleibt auch weiter angespannt. Auch wir fordern gegenüber unseren Vertretern in Land und Bund stets für Verbesserungen einzutreten!

Aber, vielleicht finden Sie – Frau Oberbürgermeisterin – bei Ihrer Partei **ein offeneres Ohr** diesbezüglich, welche im Land die **führende politische Kraft** darstellt und auch

das Finanzministerium innehat. Alljährlich müssen wir u. a. in diesem Bereich einen hohen ungedeckten Betrag von ca. 18 Mio. Euro stemmen – **welcher künftig noch anwachsen wird** - was unsere eigene Handlungsfähigkeit mehr als beeinträchtigt.

U. a. müssen wir eine funktionierende Infrastruktur gewährleisten, damit unsere Stadt in vielerlei Hinsicht funktioniert! **Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen** für unsere Straßen, Brücken, Wege, Gebäude und Plätze **müssten deutlicher ausgebaut** werden als aktuell angedacht, **um künftig Sanierungsstau zu reduzieren**. Ein Verschieben in spätere Haushaltsjahre ist nicht optimal. Aber es fehlt an ausreichend finanziellen Mitteln und Personal.

Wir begrüßen die **Umsetzung der Radfahrerpendlerroute** und appellieren gleichzeitig, bei den Themen zum Radverkehr künftig **vernünftige und vor allem umsetzbare Maßnahmen** anzupacken und Ideologien hinten anzustellen. Wir benötigen eine **umsetzbare Fahrradinfrastruktur** und keine unbrauchbaren Fahrradstraßen auf „Teufel komm raus „!

Wir benötigen ausreichend ausgebildetes Personal an **Erzieherinnen und Erziehern** um die vorhandenen und auszubauenden Betreuungsplätze zu sichern und die teilweise **dramatischen Überlastungen** der aktuell Beschäftigten in diesem Bereich zu reduzieren. Der Vorschlag zum Pilotprojekt zur Schaffung des Platzes einer **KITA-Sekretärin** ist großartig, wird das Problem aber bei weitem nicht lösen!

Hier müssten wir für **mehr Entlastung** sorgen, als dies eine Person bewerkstelligen kann. Leider fehlt uns auch hier der finanzielle Spielraum, dieses darstellen zu können.

Nur ein paar wenige Punkte – meine Damen und Herren - welche uns eigentlich seit langer Zeit abschätzen lassen, dass wir mit immer weiter steigenden **Ausgaben** und **Aufgaben** rechnen müssen. Wie wir uns aber im Umkehrschluss dafür wappnen, **Mehrbelastungen dennoch schultern zu können und den Ausbau eigener Projekte voranzubringen**, ohne uns anderswo zu sehr einschränken zu müssen, diese Frage bleibt für mich – **bleibt für uns** – allerdings weiter offen. Auf wesentliche Verbesserungen bei **Schlüsselzuweisungen** oder **Konnexität** dürfen wir uns jedenfalls nicht weiter verlassen.

Da wir aber ohne einen – **zumindest auf dem Papier** – ausgeglichenen Haushalt kein „GO“ der ADD erwarten können, möchten wir Frau Lübke und ihrem Team ein großes Lob auszusprechen, welches mit **akribischer Arbeit** zumindest dafür Sorge getragen hat, unterm Strich ein kleines Plus hervorzuzaubern.

Hier muss leider die Kämmerei - **mit den gegebenen Mitteln** - die Versäumnisse der Politik versuchen geradezurücken, auch wenn es mitunter weh tut ...

Denn – meine Damen und Herren – auch das gehört zur Wahrheit dazu ...

Das aktuelle Ergebnis kann nur durch eine Vielzahl von teilweise schmerzlichen Einsparvorschlägen – **also die Streichung, Reduzierung oder Verlegung von mitunter zukunftsichernden Maßnahmen** – dargestellt werden. Nicht immer kann bei Bedarf auf ausreichend Mittel zurückgegriffen werden, deren Maßnahmen sich aus anderen Gründen in die Zukunft verlagern.

Um auch hier nur ein Beispiel zu nennen, möchte ich die dringend erforderliche Sanierung der **Aufenthalts- und Waschräume** für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Friedhofes und auch die dortige **Wegesanierung** erwähnen, welche durch die Kürzung von Finanzmitteln vorerst wohl nicht umgesetzt werden können!

Und ich sage es hier auch ganz offen: Es ist nicht meine und unsere Aufgabe der FDP-Ratsfraktion, in den Haushaltsberatungen **Gelder sprichwörtlich zusammenzukratzen** um insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis suggerieren zu können, wie es kürzlich Hanspeter Rottmann in einer öffentlichen Stellungnahme von uns verlangte!

Sondern es ist unsere Aufgabe mit **vernünftiger, nachhaltiger und in die Zukunft ausgerichteter Politik** dafür Sorge zu tragen, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden und **notwendige Ausgaben eigenständig und nachhaltig** stemmen können, um in Haushaltsberatungen zukünftig Themen zu besprechen, welche wir **fördern und voranbringen** möchten! Zum Wohle der Stadt, zum Wohle der in dieser Stadt lebenden Menschen, den ansässigen Gewerbetreibenden und Unternehmen sowie Besucherinnen und Besuchern.

Aber ich rechne es Hanspeter Rottmann hoch an, dass er alljährlich mit einer Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen den Versuch für die CDU unternimmt, das Ergebnis des Gesamthaushaltes doch noch etwas positiver darstellen zu können, wenn schon die eigene Fraktion oftmals **kostenintensive Projekte** und Maßnahmen mit unterstützt, sich aber **positive Resultate** aus so manchen **Invests** nicht ganz einstellen wollen, u. a. auch die Unterstützung der kostspieligen Erweiterung des Stadtvorstandes.

Durch **Jonglage und Ansatzserhöhungen** in verschiedenen Bereichen, ist am Ende dann doch noch das eine oder andere Ergebnis positiver darzustellen, was nichts daran ändert, dass unser Haushalt **fast aus allen Nähten platzt** und somit handfeste Probleme weiter in die Zukunft verlagert werden.

Da auch eine dauernde Leistungsfähigkeit bei der äußerst angespannten Haushalts- und Finanzlage unserer Stadt nicht gegeben ist, sind bei der Genehmigung von Investitionskrediten – **also Investitionen in die Zukunft unserer Stadt** - ausschließlich

nur **alternativlose Maßnahmen** unabweisbar **und einer restriktiven Prüfung** unterzogen, was ebenfalls viele Spielräume einengt.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

ein solches politisches Wirtschaften könnte bereits Geschichte sein, hätte man rechtzeitig das Augenmerk bei der Umsetzung künftiger Maßnahmen ausschließlich auf die **Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit, Nachhaltigkeit und Finanzierbarkeit** gelegt.

Und genau solche Punkte setzen eine Vielzahl unterschiedlichster Speyerer Unternehmen erfolgreich um, welche in überaus schwierigem Fahrwasser ihre Produktionstätigkeiten aufrechterhalten konnten und sich als **resilient und innovativ** erweisen und den Haushalt der Stadt SPEYER durch weiterhin hohe Gewerbesteuererträge **wiederholt stabilisierten**.

Somit ist Speyer nicht nur im Bereich der Grundstückskosten in Rheinland-Pfalz - **nach Mainz** - auf Platz 2 – **da wird sich jeder selbst sein eigenes Urteil bilden** – sondern auch in Punkto **Steuerkraft** belegen wir den 2. Platz nach der Landeshauptstadt.

Doch trotz dieses Ergebnisses – Frau Oberbürgermeisterin - können wir Ihre Aussage, **die richtigen Akzente für die Wirtschaft gesetzt zu haben**, nicht ganz nachvollziehen, da wir diesbezüglich Ansätze Ihrerseits vermissen!

Die Speyerer Unternehmen waren und sind das Rückgrat für unseren städtischen Haushalt und wir sind in der Pflicht, eine ordentlichere Unterstützung unserer gewerbetreibenden sicherzustellen! Daher müsste der Speyerer Wirtschaftsförderung - **um Katja Gerwig und ihrem Team** - eine zentrale Schlüsselrolle zukommen, denn wir müssen – **wesentlich intensiver als bisher** – eine ordentliche Unterstützung unserer Gewerbetreibenden **in unterschiedlichsten Bereichen** sicherstellen und dieses auch kräftig bewerben. Wir begrüßen sehr die Idee sowie die geplante Umsetzung zum Thema **Stadtortmarketing** oder die Unterstützung Gewerbetreibender mit einer Fachkräfteinitiative, **vermissen aber schmerzlich**, eben diesen Bereich auch mit **ausreichend professionellem Personal** auszustatten! Denn nur so können wir unserer Verantwortung gegenüber den Gewerbetreibenden in Zukunft gerecht werden und Themen bespielen, welche einer gelebten Wirtschaftsförderung auch gerecht werden.

Wir könnten uns z. B. auch eine Plattform über die Stadt vorstellen, welche im Bereich der Wirtschaftsförderung die **Verbindung von Schülern und Studenten** zu ansässigen Betrieben **in und um Speyer** gewährleistet und Möglichkeiten für Praktika, Werkstudium und vieles mehr darstellt.

Schulen wären mit dem lokalen Gewerbe in Kontakt und Netzwerke könnten sich entwickeln. Schüler und Studenten könnten sich bei kleineren Projekten unterschiedlichster Art einbringen und für beide Seiten erhebliche Vorteile

generieren. Die jungen Menschen vor Ort sowie Handwerk, Gewerbe und Mittelstand profitieren hiervon. Es wäre eine **win-win Situation** – die Stadt muss hier lediglich die Drehscheibe dafür initiieren.

So kann man Ressourcenmangel vorbeugen und auch Arbeitskräfte in der Region motivieren.

Leider kommt aber unsere seit Jahren stets eingebrachte Forderung nicht richtig voran, eine **zielgerichtete, strukturierte und personell gut aufgestellte Wirtschaftsförderung** auf die Beine zu stellen und - **ehrlich gesagt** - hätten wir uns in ihrem bereits 4. Amtsjahr – Frau Oberbürgermeisterin – wesentlich mehr Impulse diesbezüglich erhofft!

Und ja. Uns allen hat auch die Pandemiephase zeitlich arg zugesetzt und eigene Prioritäten durcheinandergewirbelt. Aber gerade auch daher, wären für uns zumindest **zielorientierte und ernst gemeinte Impulse** – gerade jetzt - wichtiger denn je gewesen. Viele Unternehmen gehen – **Gott sei DANK** – gestärkt aus der Krise hervor, weil sie gerade in der Krise den Fokus auf ihre eigenen Potenziale gerichtet haben. Nur wir treten weiter auf der Stelle ...

Mit Spannung aber, erwarten wir zeitnahe Informationen über die Fortschritte zur Erarbeitung des **Kriterienkataloges** und sind gespannt, welche Ansätze seitens der Wirtschaftsförderung forciert werden sollen, um unsere vorhandene Wirtschaftsstruktur auch künftig zu erhalten und attraktiv auszubauen **und wo Chancen gesehen werden**, diesbezüglich Flächen zu aktivieren.

Vorankommen müssen wir bei der Reaktivierung und strategischen Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Speyer (WES). Wir benötigen u. a. dringend neue Konzepte für eine vernünftige weitere Flächenentwicklung auf unserer Gemarkung.

Vorhandene und zu entwickelnde Gewerbeflächen müssen künftig auch **ausschließlich** der Ansiedlung **neuer** oder der Erweiterung **ansässiger Gewerbebetriebe** zugeführt werden. Anders gelagerte Zuführungen in diesem Bereich, wird die FDP-Ratsfraktion künftig nicht unterstützen.

Auch halten wir an einem unserer Ziele fest, die Schaffung eines Gebäudes zu realisieren, in welchem sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer dem Wachstum ihres Betriebes widmen können um stabile **Netzwerke und Cluster** aufzubauen und sich so ein **stabiles Fundament** schaffen.

**Einen Start-Up-Pioniertower SPEYER.** Vielleicht schon mal gehört?! Beim Namen wären wir selbstverständlich kompromissbereit!

Die Entwicklung für ein solches Projekt könnten wir uns u. a. beim Ausbau des urbanen Gebietes beim Industriebauhof vorstellen - **an welches ein städtisches Grundstück angrenzt** - oder auch die künftige Entwicklung des **Stiftungskrankenhauses** könnte Platz für ein solches Vorhaben schaffen. Da gerade

auch die Postgalerie zum Plan hat, als Vermieter attraktiv für **Betriebe des Gesundheitswesens** zu werden, wäre zumindest die Diskussion in diese Richtung angebracht, Teile des Stiftungskrankenhauses als **echte gelebte städtische Wirtschaftsförderung** in Betracht zu ziehen. Wir sind diesbezüglich sehr offen und würden uns über politische Unterstützung freuen.

Und wir haben dringenden Bedarf an Gewerbe- und Wohnflächen, welche in erforderlichem Umfang im Innenbereich unserer Stadt nicht mehr nachgewiesen werden können.

Eine eventuell angedachte weitere militärische Nutzung der Kurpfalzkasernen stellt aktuell auch Teile der künftigen Entwicklung des Pionierquartiers in Frage.

Die angespannte Wohnungsmarktsituation sollte durch die Siedlungserweiterung im Speyerer Norden gerade beim Thema **kostengünstiger Wohnraum** Entlastung bringen und auch die Position als **regionalbedeutsamer Wirtschaftsstandort mit Entwicklungsoptionen für Speyerer Unternehmen**, sollte gesichert werden.

Daher müssen wir offen sein für eine Debatte über die Prüfung **weiterer Flächen und deren Aktivierung** - u. a. im Norden unserer Stadt.

Vor dem Hintergrund fehlender Entwicklungsflächen setzten wir gerade auch auf Gespräche mit der Verbandsgemeinde **Römerberg-Dudenhofen**, bezüglich der Idee zur Umsetzung eines **Interkommunalen Gewerbe- und Wohngebietes**. Leider wurde uns allerdings nun bestätigt – **ich denke die Oberbürgermeisterin hat hierüber ebenfalls Kenntnis** – dass diesem Projekt – **vorerst zumindest** - eine Absage erteilt wurde und in absehbarer Zeit eine solche Option ausscheidet. Leider ist es mir auch nicht bekannt, mit welcher **Vehemenz** man sich seitens der Stadtspitze zu diesem Thema gegenüber wichtiger Gesprächspartner **bisher** eingebracht und die Vorteile einer solchen Kooperation dargelegt hat.

Wir fordern Sie daher auf – Frau Oberbürgermeisterin –, hier entsprechende Alternativen zur Aktivierung von Grundstücken zu prüfen und auch Alternativen zu schaffen.

Die Ziele des **Wohnungsmarkt- sowie des Wirtschaftsflächenkonzeptes** werden unseres Erachtens bei weitem nicht mehr realisierbar sein. Wir werden uns eingestehen müssen, beim Thema Wohnraumschaffung künftig nicht die Entlastung generieren zu können, welche wir uns vorgenommen haben und welche benötigt wird, auch hinsichtlich sozial verträglicher Mietpreise. Ein Teil wäre nur mit einer **massiven inneren Nachverdichtung** darstellbar, zu welcher die breite öffentliche Akzeptanz fehlen dürfte.

Steigende Zinsen, hohe Material- und Baukosten, unterbrochene Lieferketten oder auch Beschlüsse zur **Zweckentfremdungssatzung sowie angedachter Umsetzungen zum StadtDenkmal** werden sich ebenfalls u. a. bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes negativ auswirken.

Und gerade bei letzterem war die Signalwirkung – **welche von einer knappen Mehrheit dieses Rates und speziell von der Speyerer Wählergruppe ausging** - fatal und ich kann nur die Gedanken eines nicht ganz unbekanntes Speyerer Leserbriefschreibers hier aufgreifen und hoffen, dass die GDKE ihren „**Blankoscheck**“ in Bälde nicht einlösen wird. Auch die Innenstadt muss mit der Zeit gehen und wir dürfen wichtige Entwicklungsprozesse mit einer fast flächendeckenden Denkmalszone nicht erschweren oder gar verhindern. Hier hätten wir die Möglichkeit für uns ergreifen müssen, die Thematik **differenzierter** und vor allem **professioneller** anzugehen.

Gerade im Hinblick auf die Schaffung weiteren bezahlbaren Wohnraumes müssen wir ein Konzept beraten, wie bei **künftiger Flächenentwicklung** die Stadt in Form einer **vertretbaren Wertabschöpfung** profitieren kann, um so auch den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und anderen Akteuren alternativer und gemeinschaftlicher Wohnbauprojekte auch künftig – **im Bereich des Möglichen** - bezahlbare Flächen für ihre Vorhaben zur Verfügung zu stellen.

Hervorzuheben ist auch aktuell das nun von der GEWO Speyer gestartete Bauprojekt St. Otto! Gerade auch in der aktuellen Situation **ein Leuchtturm** der zeigt, dass bei vernünftiger Planung und Sachverstand – **trotz einer Vielzahl weiterer Erhaltungs- und Sanierungsarbeiten im Bestand und anderer Widrigkeiten** – Großprojekte in dieser Form umgesetzt werden können und so zumindest etwas Spannung am Speyerer Wohnungsmarkt abgebaut wird.

Dem Geschäftsführer Oliver Hanneder und seinem Team danken wir für das Engagement und den persönlichen Einsatz, welcher ein solches Projekt erst möglich macht und hoffen auf die **erfolgreiche Beratung und Umsetzung von Konzepten zur Flächengewinnung**, um auch künftig die Realisierung ähnlich gelagerter Projekte begleiten zu dürfen.

Wir dürfen bezüglich dem Ankauf von Flächen auf der ehemaligen Kurpfalzkasernen – **trotz der aktuell unklaren Situation** - den Druck auf die BIMA daher keineswegs verringern und auf die dringende Notwendigkeit von Flächenentwicklung für unsere Stadt hinweisen, sowie auch den Ankauf des Polygongeländes forcieren, um weitere Flächen einer **vernünftigen Entwicklung** zuführen zu können.

Eine solche Entwicklung würde es nämlich auch hergeben, die geplante Maßnahme eines S-Bahn-Haltespunktes Süd im Bereich der Alten Schwegenheimer Straße - **also nahe des Polygongeländes** - zu etablieren!

Ein Infrastrukturprojekt, welchem die FDP sehr offen gegenübersteht, allerdings die bisher angedachte Stelle - inmitten eines gewachsenen Wohngebietes - als nicht ideal betrachtet, da die Maßnahme dort **zu starke Auswirkungen auf ein gewachsenes und lebendiges Wohngebiet hätte** und zu einer massiven Verdichtung sowie enormen Parksuchverkehr führen würde. Leider stockt dieser Prozess insgesamt und

es bleibt abzuwarten, wann sich die Stadtpolitik konkret mit diesem Projekt weiterbeschäftigen darf.

Wir begrüßen die beginnende Vorplanung zum digitalen Verkehrsleitsystem. Zusammen mit einem bald attraktiveren ÖPNV sind wir zuversichtlich, die innerstädtische Verkehrsbelastung künftig deutlich zu reduzieren und mehr Bürgerinnen und Bürger - **aber auch Besucher aus Nah und Fern** - für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen.

Daher sehen wir auch die hohen Investitionen in das neue Linienbündel – **welche ebenfalls unseren Haushalt künftig herausfordern werden** - als gerechtfertigt an und unterstützen dieses zum Nutzen einer **attraktiven und lebendigen Innenstadt**, welche mittlerweile einem enormen **Strukturwandel** und sich ändernden **klimatischen Bedingungen** ausgesetzt ist. Wir bedauern jedoch, dass unsere Idee des Mobility on demand hier keinen Platz im ÖPNV Plan gefunden hat.

Auf unsere Initiative hin, wurde 2021 die Bildung eines Innenstadtbündnisses beschlossen, zu welchem bereits Begehungen mit Gewerbetreibenden, der Politik und der Stadtspitze, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern, stattgefunden haben. Hier bitte ich ausdrücklich um **Intensivierung dieses wichtigen Austausches** und auch die Wirtschaftsförderung hierzu mehr in die Pflicht zu nehmen!!!

Gerade Ludwigshafen machte dieser Tage auf sich aufmerksam, welches mit einer Förderung des Landes in Höhe von einer halben Million Euro, professionell das Thema Innenstadtentwicklung bzgl. einer attraktiven künftigen Ausgestaltung angehen möchte und hierzu ihre Kongress- und Marketinggesellschaft LUKOM fest einbindet. Somit möchte sich Ludwigshafen für die Zeit danach rüsten, in welcher diese wieder freie Entscheidungen treffen kann, was die strikte Haushaltskonsolidierung aktuell verhindert.

Hier befinden wir uns – **zumindest noch** – in einer komfortableren Lage und nutzen diese dennoch nicht voll aus!

Wir begrüßen außerordentlich die nachher zur Abstimmung stehende Vorlage für eine **Grundsatzentscheidung** bezüglich der **klimatischen Ausrichtung** der Maximilianstrasse und den angrenzenden öffentlichen Räumen. U. a. Herr Freitag übermittelte uns am vergangenen Donnerstag eindrucksvoll Maßnahmen, welche für die Aufrechterhaltung einer pulsierenden Innenstadt und deren Aufenthaltsqualität umgesetzt werden können, um den künftigen Veränderungen - **u. a. auch des Klimawandels** -in unserer Stadt Rechnung zu tragen.

Manches was hier angesprochen wurde, könnte aber auch bereits umgesetzt sein. Wir müssen es schaffen, künftig deutlich schneller Maßnahmen zur Verbesserung u. a. der Aufenthaltsqualität und Strukturen umzusetzen als bisher.

Einige Erkenntnisse konnten bereits auch durch die angestoßenen Rundgänge gewonnen und kurzfristige Verbesserungen umgesetzt werden, welche für die

Ausgestaltung eines Zukunftskonzeptes unabdingbar sind und auch das **Freiflächennutzungskonzept** wird eine zentrale Rolle für die künftigen Beratungen einnehmen.

Um hierbei auch weitere Fortschritte generieren zu können, ist die Bewerbung der Stadt SPEYER für das von der Landes-FDP initiierte Fördermittelprogramm „**Innenstadtimpulse**“ überaus zu begrüßen und wir sind sehr optimistisch, auch Fördergelder für unsere Innenstadtentwicklung abgreifen zu dürfen um einen ordentlichen Prozess in Gang zu bringen.

Die Innenstadt ist nämlich das Pfund von SPEYER und der Handel, die Gastronomie und Hotellerie sowie die Dienstleistungsbetriebe benötigen unsere aktive Unterstützung. Der Fokus ist daher extrem auf den Erhalt einer **attraktiven Innenstadt, mit attraktiven Erlebnisflächen und guter Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit** zu richten. Die Innenstadt muss ein abgerundetes Gesamterlebnis darstellen, welches auch die Frequenz unseres Einzelhandels stärkt und nicht von einzelnen Ankermietern abhängig macht! Auf diese dürfen wir uns bei der künftigen Planung nämlich nicht mehr verlassen.

Daher erachten wir den von Ihnen – Frau Oberbürgermeisterin – **fast schon vorangepeitschten Verkehrsversuch** in vielerlei Hinsicht als kontraproduktiv und falsch, welcher zum Ziel hat, den kompletten Individualverkehr aus der Innenstadt auszusperrern und die Gilgenstrasse als Fußgängerzone auszuweisen.

Sie forcieren also eine Fußgängerzone, welche künftig von einem enorm verdichteten **Bus-, Taxen-, Liefer- und Anwohnerverkehr** befahren wird und die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme erschließt sich uns keineswegs, für welche man aktuell sogar fast 400.000 EUR für **Verkehrszählungen sowie die externe Öffentlichkeitskommunikation** bereitstellt. Bei der Flut an extern vergebener Gutachten in verschiedenen Bereichen, hätten wir zumindest hier die Erwartung an die Verwaltung gehabt, die Begleitmaßnahmen – **welche zur Sperrung einer Innenstadtader ihrerseits als notwendig angesehen werden** - aus eigener Kraft zu stemmen oder in Anbetracht der aktuellen Situation zurückzustellen.

Unseres Erachtens, hätte in Anbetracht der Tatsache einer auch künftig verkehrstechnisch stark frequentierten Fußgängerzone „Gilgenstrasse“, **ein in beide Richtungen offener verkehrsberuhigter Bereich** dafür Sorge getragen, dass sich die Masse an individuell motorisiertem Verkehr um die Innenstadt herum bewegt und auch die **Zunahme des neuen Linienbündels** im Bereich des Postplatzes und Postgrabens trägt seinen Teil künftig dazu bei, dass die Umfahrung dieses innerstädtischen Bereiches automatisch eintreten würde.

Eine Sperrung allerdings, wie seitens der Verwaltung angestrebt, wäre **unverantwortlich, kontraproduktiv** und hätte **erhebliche negative Auswirkungen für viele Bewohnerinnen und Bewohner** der geplanten Umfahrungsstrecken sowie **negative wirtschaftliche Folgen**, gerade für inhabergeführte Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe in der Innenstadt, für welche eine individuelle Erreichbarkeit durch ihre Kunden unentbehrlich ist.

Mit den fast 400.000 EUR – welche bereits jetzt als Begleitmaßnahmen für den Verkehrsversuch aufgerufen sind – hätten wir eine zeitnahe und **dringend notwendige Aufwertung des Postplatzes** - als einladendes Foyer zur Innenstadt – bereits anpacken und erste Ideen – **an welchen es nicht mangelt** – in die Umsetzung bringen können. Zur Flaniermeile gehört Boulevard-Charakter und Drumherum soll sich das Kunst- und Szeneviertel etablieren. Wir brauchen **sofort** Veränderungen und frischen Aufwind **und nicht erst dann**, wenn es zu spät ist oder wir unsere eigene Handlungsfähigkeit eventuell vollends verspielt haben. Hier müssen wir an die Konzeption! **JETZT !**

Wir müssen weiterhin eine individuelle Erreichbarkeit der Innenstadt gewährleisten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen das **Mobilitätssystem** nutzen, welches ihnen gerade **die optimale Lösung** bietet. Daher tragen wir die pauschale Verdrängung von Kraftfahrzeugen aus der Innenstadt nicht mit, möchten aber gezielt Lösungsansätze für eine **Verkehrsentlastung** voranbringen.

Daher verfolgen wir auch die Diskussion rund um die Entwicklung des Königsplatzes sehr aufmerksam, sehen allerdings weiterhin die große Notwendigkeit, gerade dort auch Parkflächen - **zumindest für Kurzparker** - zu erhalten, um so die Frequenz für den innerstädtischen Handel und Dienstleistungsbetriebe zu stützen.

Um weitere Entlastungen beim Anwohner-, Besucher- und Langzeitparken zu generieren, muss über die Schaffung von **Anwohnerparkhäusern** gesprochen werden, welche zum einen auf dem Parkplatz des Naturfreundehauses – wie auch im Konzept zur LGS angedacht – oder auch im Bereich der alten KITA am Eselsdamm realisiert werden **könnten**. Gerade eine Vielzahl von künftig geplanten Umgestaltungen im innerstädtischen Bereich, wird den Wegfall von Parkflächen mit sich bringen, welche es gilt, **selbstverständlich auf umweltverträgliche Art und Weise** zu kompensieren, wozu es ausreichend Konzeptionsvorschläge gäbe. Denn der Bedarf an Stellplätzen bleibt nach wie vor vorhanden, egal ob in einigen Jahren Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor oder anderer Antriebstechnik ihren Platz finden müssen.

Gerne bringen wir uns auch in die Diskussion über die Neugestaltung von **Parkgebühren** ein, um eine **faire und ausgewogene Lenkungsfunktion** sicherzustellen, um auch so innerstädtischen Verkehr zu reduzieren.

Mit Recht – Frau Oberbürgermeisterin - mahnen Sie in Ihrer Haushaltseinbringung auch den Punkt der **Konnexität** an. Viele der uns von Land, Bund und EU auferlegten Aufgaben werden nicht vollumfänglich erstattet, wie auch Eingangs meiner Rede dargelegt.

Daher können wir **nicht nachvollziehen**, wie man in Anbetracht der seit Jahren überaus angespannten Haushaltslage auch seitens der Verwaltung eine Beschlussfassung gutheißt, in welcher man **freiwillig Pflichtaufgaben des Landes** übernimmt, wie die Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung in unserem Stadtgebiet.

Eine Maßnahme des freiwilligen Leistungsbereichs, welche – **und das ist nicht auszuschließen** – das Risiko eines defizitären Verlaufs beinhaltet.

Da wir als Kommune am KEF des Landes Rheinland-Pfalz teilnehmen, könnte sich dieses erheblich negativ an den - **ohnein bereits gedeckelten** - sonstigen Ausgaben für **freiwillige Leistungen** auswirken.

Im Rahmen der Gefahrenabwehr lässt sich keine solch **drastische Notwendigkeit** erkennen, welche eine Maßnahme mit einem solch hohen und unkalkulierbaren Kostenrisiko rechtfertigt und auch überwiegend nur temporäre sowie punktuelle Unterstützung leistet.

Unser Vorschlag diesbezüglich, ein **händelbares und finanziell tragbares Konzept stationärer verkehrslenkender und verkehrsberuhigter Maßnahmen** an innerstädtischen Schwerpunkten zu prüfen, verhallte leider ebenfalls.

Notwendige Personalmehrung und Ausgaben für Spezialequipment lehnen wir daher zu dieser Maßnahme ab!

Es kann und wird nicht Aufgabe des Ordnungsamtes sein, **mit über den Bedarf hinausgehenden Geschwindigkeitskontrollen** Bußgelder generieren zu müssen, damit diese Maßnahme überhaupt kostendeckend dargestellt werden kann. Und gerade die Aufstockung der geplanten Erträge in diesem Bereich - **in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses** - unterstreicht für uns ein solches Vorhaben, welches seinen – wenn auch kleinen – Teil dazu beigetragen hat, das aktuelle Ergebnis - unterm Strich - besser darzustellen.

Wir dürfen nicht verkennen, dass wir uns immer noch in einer akuten Ausnahmesituation befinden und es überaus wichtig ist, gerade im freiwilligen Leistungsbereich den sozialen Zusammenhalt zu fördern und auch zu stärken. **Und dieses können wir nur, wenn wir über Mittel hierzu verfügen!**

Zuwendungen an Speyerer Vereine, Zuwendungen an Kunst und Kultur sowie eine Vielzahl weiterer Arrangements sind durch die **Aufrechterhaltung freiwilliger Leistungen** unabdingbar, gerade im Hinblick auf die Wahrung des sozialen Miteinanders und der Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Wir laufen aber vehement Gefahr, Hilfen für diese Bereiche zu verspielen, denn auch im Bereich der freiwilligen Leistungen legt uns die ADD – **richtigerweise** - Grenzen auf und u. a. Beschlüsse wie der zur **Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung** tragen ihr Übriges dazu bei, künftig noch mehr eigene Handlungsfähigkeit sprichwörtlich aufs Spiel zu setzen.

Denn - meine Damen Herren – mit unseren freiwilligen Leistungen bringen wir die Themen voran, welche unsere Stadt attraktiver macht als andere Städte, Projekte fördert, welche zur Struktur unserer Stadt passen, hier und da auch mit Annehmlichkeiten zur Steigerung der Wohlfühlatmosphäre beiträgt, aber auch hilfsbedürftigen in anderer Art und Weise unter die Arme greift !

**Kunst – Kultur – Sport – Kinder - Jugendliche – Senioren** und vieles mehr, profitiert durch eine handlungsfähige Stadt in diesem Bereich, wie auch die Stadt selbst!

Das man sich diesbezüglich auch Gedanken um den Fortbestand und Ausbau von finanziellen Mitteln macht, ist legitim. Allerdings halten wir die Einführung einer von der Grünen-Fraktion geforderten - **recht undifferenzierten** - Kulturabgabe auf Übernachtungen im Stadtgebiet für aktuell den falschen Weg.

Viele Betriebe kämpfen immer noch erheblich mit den Folgen der Pandemie und mussten sogar Rücklagen angreifen oder restlos aufbrauchen. Diese stehen für Investitionen aktuell nicht mehr zur Verfügung.

Weiter sorgt die galoppierende Inflation weiterhin dafür, dass Menschen den Euro 2-mal umdrehen müssen.

Großflächig betrachtet, verdrängt eine solche Abgabe gerade die **Kleinbetriebe** und führt dauerhaft dazu, dass wir immer mehr die Türen für Konzerne öffnen. Eigentlich sind wir doch stolz auf unseren **Mittelstand** und die **Kleinbetriebe** und es gäbe mit Nichten anderweitig Potenziale um Mittel darstellen zu können, welche benötigt werden. **Nachteile für den Mittelstand und Kleinbetriebe sollten wir minimieren und nicht anwachsen lassen!** Das Ziel heiligt nicht die Mittel – Förderung von Kultur und Jugend muss mehr in den Fokus rücken, aber auf anderem Wege.

Und auch wenn es sich - seitens der Befürworter – um kleine Beträge handelt die der Gast aufbringen muss, wird dieses für Verlagerungen der Übernachtungszahlen auf andere Städte und Gemeinden sorgen, **denn auch andere Kriterien** – wie steigende Energiekosten - werden für **anwachsende Übernachtungspreise** sorgen und der Gast hat ja bekanntlich die Wahl.

Sehr positiv hervorzuheben ist, dass durch die kommunalen Investitionsprogramme **offensiv Sanierungsarbeiten** an Speyerer Schulen weiter **intensiviert werden** und mit dem Digitalpakt Schule der Ausbau der digitalen Infrastruktur vorangebracht wird. Dieser verlangt auch Speyer in Art und Form der weiterführenden personellen Ausstattung hohe eigene Mittel ab, wofür wir Maßnahmen auch zu deren Sicherung umsetzen müssen.

Die gute Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, denn wir wollen und müssen in beste Bildung investieren und ordentlich ausgestattete Schulräume vorhalten. Hier sehen wir für die Zukunft die Landespolitik im Bereich Bildung in der Pflicht. Sie müssen die Finanzierung des Digitalpaktes für die Zukunft verstetigen.

Um auch bei den KITAS eine Zukunftssicherung zu gewährleisten, werden diese ebenso von der baulichen als auch von der technischen Infrastruktur her aufgerüstet. Auch neue KITAS kommen hinzu, deren bauliche Folgekosten wir als Stadt künftig zu tragen haben. **Ein wichtiger Schritt zur sozialen Versorgung**, welcher ebenfalls mit einer entsprechenden Risikovorsorge untermauert werden muss.

Außer Frage steht, auch künftig die Haushaltskonsolidierung voranzubringen und Liquiditätsverschuldung abzubauen. Erfreulich ist, dass im aktuellen Haushalt gerade letzteres festzustellen ist, was immer noch auf die starke Wirtschaftskraft der Stadt zurückzuführen ist und somit höhere Tilgungsbeträge ermöglicht.

Dauerhaft ist ein **kontinuierlicher Abbau** aber nur über **ausgeglichene Haushalte** darstellbar und die aktuelle Höhe der Liquiditätsverschuldung sehen wir unverändert als besorgniserregend an, gerade im Hinblick künftiger Zinsentwicklungen und auch anstehende Prolongationen bleiben ebenfalls abzuwarten.

Inwieweit künftig Entlastungen durch Beschlüsse des Landes generiert werden könnten bleibt abzuwarten, gerade im Hinblick auf dann einzuhaltende Bedingungen.

Zur Stabilisierung künftiger Haushalte müssten wir mit unseren politischen Entscheidungen das Ziel verfolgen, **Ausgaben zu senken und Einnahmen zu erhöhen!** Leider zeichnet sich im vorliegenden Haushalt allerdings wiederholt das Gegenteil ab. Und leider ist es wieder war! Der Stellenplan soll wachsen, wie jedes Jahr.

Und zwar um angedachte 44 Stellen.

U. a. soll neues Personal im Kernbereich „Soziales“ der Verwaltung bezüglich der Themen Wohn- und Bürgergeld hinzukommen. Auch die freiwillig vom Land forcierte Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung des fließenden Verkehrs erfordert neue Stellen.

Der Personal- und Versorgungsaufwand steigt somit insgesamt auf ca. 67 Mio. EUR.

Wir verkennen nicht, dass – wie auch eingangs beschrieben – neue Beschluss- und Gesetzgebungsmaßnahmen die Kommunen oft ohne zeitliche Vorlaufzeit – **auch personell** - in Bedrängnis bringen. Es hat sich auch gezeigt, dass benötigte Stellen mit offenen Stellen zu besetzen gingen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend geschult werden konnten um einen anderen Aufgabenbereich zu bedienen.

Mit etwa 1.000 Beschäftigten ist die Stadtverwaltung SPEYER einer der größten Arbeitgeber in der Stadt. Und um mehr Effektivität zu erreichen, ist nicht nur die Anzahl an Beschäftigten, sondern auch die **Verwaltungsstruktur** wichtig. Es erschließt sich uns daher nicht ganz, dass zur Erfüllung der Aufgaben und Pläne der Verwaltung, alljährlich fast 40 - 50 neue Stellen hinzukommen müssen.

Uns ist klar, dass eine Verwaltung bezüglich ihrer vielfältigen Aufgaben immer personalintensiv aufgestellt sein wird.

Gerade aber angesichts der überaus angespannten Finanzlage der Stadt erwarten wir, dass mit den Personal-Ressourcen sorgsam umgegangen wird. Und wir sind davon überzeugt, dass sich entsprechende Maßnahmen an der Struktur, positiv in vielen Bereichen darstellen würden.

Wir halten daher wiederholt unsere Forderung aufrecht, eine **umfassende und strukturelle Verwaltungsreform** anzustoßen, was auch eine dringend notwendige Beschleunigung von Genehmigungs- und Verwaltungsabläufen mit sich bringen würde.

Frau Oberbürgermeisterin - Sie bemängeln auch den Fachkräftemangel bei der Verwaltung.

Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger sind **in teilweise verkrusteten Verwaltungsstrukturen** verhaftet, sondern auch die Beschäftigten selbst. Wir sehen diesen Umstand jedenfalls auch als Grund, weshalb viele Städte so große Schwierigkeiten haben, geeignetes Personal für die normalen alters- und fluktuationsbedingten Abgänge zu finden. Für wichtige Funktionsträger muss eine Besoldung außerhalb des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes beantragt werden.

Es ist daher wichtig, dass die Verwaltung mit der **Erarbeitung einer Digitalstrategie hin zur digitalen Stadt** aufschließen muss, was zugegeben - **in Anbetracht der bundesweiten uneinheitlichen Regelungen** - eine enorm komplexe Aufgabe darstellt. Die Umsetzung des **Onlinezugangsgesetzes** oder auch die Einführung eines **Dokumentenmanagementsystems** befinden sich im Focus und beanspruchen enorme Aufmerksamkeit und Personal bei der Umsetzung.

Wir leisten uns auch eine eigene Beigeordnete für Digitalisierung! Hauptsächlich in Erinnerung geblieben sind uns überwiegend die **wiederholten Bewerbungen** für die Bundesförderung „**Smart City**“.

Richtig und Wichtig ! Da muss man dranbleiben. Irgendwann klappt's dann auch mal ! **Wie und in welchen Bereichen** wollen wir unsere Verwaltung aber Schritt für Schritt weiter für **digitale Angebote** und **interne Verwaltungsabläufe** voranbringen und was können wir hier **eigenständig und wie** voranbringen, also wie bekommen wir unsere eigene Agenda in der digitalen Prozesswelt voran? Oder, wie wappnen wir uns gegenüber schädlichen Eindringlingen bei Hackerangriffen? Welche Budgets müssen hier künftig berücksichtigt werden?

Aktuelle Themen, zu welchen wir – unseres Erachtens – auch hier im Rat zu wenig Aufschluss seitens der verantwortlichen Beigeordneten erhalten und zu viele Themen, um diese in nur 4 angesetzten Ausschusssitzungen für Digitalisierung im kommenden Jahr zu besprechen und Umsetzungen zu erarbeiten.

Gerade hier haben wir uns auch andere Ergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt erhofft, auf welchen es aufzubauen gilt.

Wir erwarten von unserer Beigeordneten für Digitales **konkrete Impulse**, um Prozesse der Verwaltungsarbeit **digital umzusetzen** und auch die für die Ratsmitglieder versprochene Weiterbildung zur digitalen Ratsarbeit zeitnahe zu terminieren!

Wir bedauern, dass Frau Selg hier nur in Teilzeit mit dem Deckmäntelchen der Beigeordneten tätig werden kann, statt mit voller Kraft diesen wichtigen Bereich zu unterstützen.

Anknüpfend an das Thema bleibt es auch wichtig, einen flächendeckenden Glasfaserausbau im Stadtgebiet voranzutreiben. Garant hierfür sind unsere Stadtwerke SPEYER (SWS), welche als kommunaler Energieversorger der Zukunft **mehr als zugewandt** sind. Hohe Mittel werden zum Erhalt sowie zum Ausbau unserer Versorgungsnetze vorbildlich investiert. Projekte zum Ausbau regenerativer Energie, nachhaltiger Mobilität und kommunaler Daseinsvorsorge werden vorbereitet und vorgebracht.

Das Thema Geothermie wird ab dem kommenden Jahr im Focus stehen. Ebenso begrüßen wir sehr das Engagement, sich als **Pilotkommune** für den Ausbau des **grünen Wasserstoffes** anzubieten.

Stellvertretend für das ganze Team der Stadtwerke SPEYER, möchten wir dem Geschäftsführer Wolfgang Bühring sehr für das Engagement danken, welches in die Projekte fließt und die SWS in eine hoffentlich sichere und stabile Zukunft führen wird, auch zum Wohle unserer Stadt, welche hiervon erheblich profitiert!

Meine Damen und Herren,

Vieles gäbe es noch zu kommentieren, manches weitere noch zu loben und das eine oder andere weiter zu hinterfragen.

Anhand der fortgeschrittenen Zeit komme ich aber zum Resümee der FDP und richte wiederholt mein Appell an Sie alle, eine Risikoversorge dringend umzusetzen! Denn die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass in den kommenden Jahren die Folgen der Corona-Pandemie und des Krieges auf europäischem Boden zu einer Minderung der Steuereinnahmen und damit zu einer **schwierigeren wirtschaftlicheren Entwicklung** führen können.

Lassen Sie uns daher endlich **konkrete politische Anstrengungen** unternehmen und einen vernünftigen Sparwillen umsetzen, um ordentlichere Ergebnisse in der Zukunft darstellen zu können. **Lassen sie uns künftig zielgerichtet nicht nur Kleinprojekte sondern die Stadt als Ganzes voranbringen. Mit Visionen für die Zukunft.**

Diesbezüglich fordern wir auch eine Überprüfung bereits umgesetzter oder anstehender Maßnahmen auf Ihre **Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit, Nachhaltigkeit und Finanzierbarkeit.**

Sicherlich beinhaltet der Haushalt zukunftsweisende und auch von uns Liberalen geforderte Investitionen **u. a. zu Grundstückskäufen zum Pionier-Quartier, einem ordentlichen ÖPNV-Konzept, einem Digitalpakt für Schule, der Planung eines neuen Verkehrsleitsystems, den Bau des Gerätehauses Feuerwache Nord, den Neubau der KITA Kastanienweg** und einiges mehr.

Investitionen, die wir aufgrund gesetzlicher Vorgaben umsetzen müssen – **also Pflichtaufgaben** - und Investitionen, welche zur Sicherung der allgemeinen Infrastruktur und Daseinsfürsorge von Nöten sind.

Der Haushalt enthält aber auch eine Vielzahl neuer Beschlüsse von nicht unerheblicher Tragweite – **welche ich in meinen Ausführungen hier intensiver hervorgehoben habe** - welche von uns überaus kritisch gesehen und abgelehnt werden. Genannt seien hier der **Verkehrsversuch zur Gilgenstraße, der NICHT-Umbau des Postplatzes, die Übernahme zur Überwachung des fließenden Verkehrs** und einiges mehr. Der Haushalt wird auf der Ausgabenseite noch stärker belastet als bisher, eine Kompensation auf der Einnahmenseite bleibt allerdings offen.

Wir als FDP-Ratsfraktion, haben in den vorangegangenen beiden Jahren vieles mitgetragen und sind weit über unseren Schatten gesprungen, da uns Wege suggeriert und Impulse übermittelt wurden – **was wir besser machen wollen** - und das Zusammenstehen als Gesellschaft für uns Liberale wichtig ist.

Leider können wir heute aber nur mit großer Enttäuschung zusammenfassen, dass für uns entscheidende und richtungsweisende Wege zum Aufgreifen von Chancen für die Umsetzung ernsthafter Maßnahmen fehlen, welche im Ergebnis die Zielsetzung vereinen, die Kommune als Ganzes endlich nachhaltiger und solider aufzustellen. Unbeeindruckt wird der Kurs bisheriger Ausgabenpolitik fortgesetzt.

Daher wird die FDP-Stadtratsfraktion – nach sehr intensiver Abwägung - den vorliegenden Haushalt leider **nicht** unterstützen können.

Ebenso werden wir eine angedachte Diskussion im kommenden Jahr ablehnen, welche die Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuern zum Inhalt haben soll. Solange es seitens der Politik nicht für nötig erachtet wird, ein ordentlicheres Wirtschaften voranzubringen, werden wir weitere Belastungen für Unternehmen und Bürger nicht mittragen. **Auch drastische Erhöhungen bei den Realsteuersätzen** sorgen nur **kurzfristig** und in **begrenztem Maße** für finanzielle Entlastungen. Unsere strukturellen Haushaltsprobleme bekommen wir auch damit nicht unter Kontrolle!

Lassen Sie mich zum Schluss dennoch dem gesamten Stadtvorstand unsere besondere Anerkennung für deren persönlichen Einsatz aussprechen, insbesondere auch hinsichtlich der bisherigen Pandemiebekämpfung sowie aktuell zur vorausschauenden Planung sowie Maßnahmenenergreifung bezüglich einer drohenden Strom- und Gasmangellage.

Mögen die mit großer Mühe und Sorgfalt ausgearbeiteten Notfallpläne – **den dafür Verantwortlichen unsere Hochachtung** - niemals zum Einsatz kommen!

Ebenfalls einen ganz herzlichen DANK richte ich an all die zahlreichen Beschäftigten und Ehrenamtlichen der **Gesundheits- und Katastrophendienste** unserer Stadt und darüber hinaus.

Auch bedanke ich mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts und die darüber hinausgehende

Zusammenarbeit, ein Dankeschön an meine Ratskollegin Bianca Hofmann, ein Danke an unseren Kreisverband und - last but not least - Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche eine bald angenehme und besinnliche Weihnachtszeit im Kreise ihrer Lieben und einen baldigen guten Start in das neue Jahr.

**Mike Oehlmann** - Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten SPEYER – FDP

Speyer, den 15.12.2022

**Freie**   
**Demokraten**